

Klammer Bezirk 2  
PPP als Lösung?

Bilanz und Ausblick 3  
Interview mit Klaus Rathmann

## Reinickendorf kann mehr

### Am 17. September dreimal Liste 3 - Die Linke!

Berlin wählt am 17.9. ein neues Abgeordnetenhaus und neue Bezirksparlamente. Bei einem Volksentscheid geht es gleichzeitig um mehr direkte Demokratie. Wählerinnen und Wähler können mitentscheiden, ob und wie es trotz der sozialen Kahlschlag-Politik der HARTZ-IV-Koalition von CDU/SPD/FDP/B90 in unserer Stadt und im Bezirk demokratischer und sozial gerechter zugehen kann. Deshalb: **Wählen gehen!**

Die Linkspartei.PDS Reinickendorf geht mit solider Bilanz, klaren Wahlaussagen und kompetentem Personal in die Wahl. Vor fünf Jahren wurde die PDS erstmals in der Reinickendorfer Geschichte in die BVV gewählt. Die PDS in der BVV - so Bezirksvorsitzender Klaus Rathmann - das war eine Stimme für Bürgerinteressen und soziale Gerechtigkeit im Reinickendorfer Rathaus. Das möchten wir in Fraktionsstärke fortsetzen. Wir erfahren gegenwärtig viel Zuspruch. Träumen ist doch erlaubt - oder? Wir sind selbstbewusst genug und tun alles, um unser Ziel zu erreichen.

#### Für eine sozial gerechte Politik

In ihren **Wahlaussagen** bekennt sich Die Linke: für eine solidarische und multikulturelle Politik für die Menschen in unserem Bezirk, *für alle, die hier leben, arbeiten und Arbeit suchen, spielen und lernen, sich unternehmerisch betätigen, ihren Lebensabend genießen, sich*

*erholen, Kultur erleben, Sport treiben, im Garten rumpusseln, in die Kirche gehen, einkaufen, ihr Bier trinken, sich im Ehrenamt engagieren, Kranke pflegen, Behinderten zur Seite stehen, keine Neonazis dulden, Freiräume für selbstbestimmtes Handeln schaffen, sich Sorgen um Freunde und Nachbarn machen, sich über Entscheidungen der großen Politik und des Bezirksamtes aufregen, aber auch feiern und sich freuen in Tegel wie in Frohnau, am Schäfersee wie in Lübars, wo auch immer in unserem Bezirk. Reinickendorf gehört uns allen. Wir leben gern hier und wollen, dass das so bleibt.* Der Politik der sozialen Kälte der CDU muss deutlich Stopp gesagt werden, denn Reinickendorf kann mehr.

#### Liste 3

Dem Wählervotum stellen sich folgende **Kandidaten fürs Abgeordnetenhaus:**

Wahlkreis 1 Siglinde Schaub, WK 2 Klaus Rathmann, WK 3 Werner Doblies, WK 4 Yusuf Dogan, WK 5 Manfred Kirsch, WK 6 Ghassan Abid.

**Für die BVV kandidieren:** Klaus Rathmann, Siglinde Schaub, Marion Lubina, Yusuf Dogan, Manfred Kirsch, Michael Rohr und Peter Boes.

Weitere Informationen über die Kandidaten, die Wahlaussagen und Termine finden Sie auf unserer website: [www.pds-reinickendorf.de](http://www.pds-reinickendorf.de) oder erhalten Sie in der Bezirksgeschäftsstelle.



### Oskar Lafontaine

Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.  
im Deutschen Bundestag  
**Die Linke bewegt.  
Im Bund und in Berlin.**

**Am Dienstag, dem 22. August 2006,  
um 19.00 Uhr im Ernst-Reuter-Saal  
(Rathaus Reinickendorf)  
Eichborndamm 215-239**

# Klamme Kommune - was nun?

## Brief aus Offenbach: Zweifel an PPP-Erfolgsmodell

**Bezirksbürgermeisterin Wanjura war im Frühjahr mit einer Delegation aller in der BVV vertretenen Parteien, mit Vertretern der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer, von Schulen und Eltern sowie einigen Fachbeamten des Bezirks nach Offenbach gereist, um Erfahrungen bei der Sanierung von Schulen unter Einbeziehung der Privatwirtschaft zu studieren.**

**WiR bat den Fraktionsvorsitzenden der Linken in der Offenbacher Stadtverordnetenversammlung, Rolf Gensert, um Aufklärung über das angebliche „Erfolgsmodell Offenbach“.**

Der Landkreis Offenbach lässt seine Schulen mittels zweier Privatfirmen sanieren, bewirtschaften und teilweise auch erweitern. Dieses public-private-partnership-Modell (PPP) wird vom hiesigen CDU Landrat Peter Walter begeistert als Erfolgsmodell gefeiert. Der Landkreis muss bis 2019 etwa 780 Millionen EURO an seinen privaten Partner in jährlichen Raten zahlen. Dies sei rund 180 Millionen EURO billiger als die „Eigenerledigung“, weil der Kreis auf diesem Wege die eigene bürokratische Trägheit, manche unternehmerische Wissenslücke und bisweilen auch das kommunalpolitische Korsett umgehen könne. So die Propaganda.

Der Landrat Walter ist von seinem PPP-Modell zur Schulsanierung so begeistert, dass seine Kreisverwaltung sogar ein Forschungsprojekt initiierte, mittels derer zwei Studenten der Technischen Hochschule Darmstadt in ihren Dipl.-Arbeiten dieses Modell des Landrates loben durften.

Dieses Modell des Landrates Walter im Landkreis Offenbach findet nicht die Zustimmung aller Parteien, die Fraktion der Linken im Kreistag hat hier doch ihre erheblichen Bedenken.

### PPP-Pur, PPP-Soft oder was?

In der Stadt Offenbach wiederum befindet sich das PPP-Modell zur Schulsanierung noch im Diskussionsstadium. Die Koalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP in der Stadt Offenbach prüft eine Schulsanierung, welche von stadteigenen Gesellschaften gesteuert werden soll, PPP-Soft, wie die FDP im Kommunalwahlkampf meinte. Für andere Modelle, PPP-Pur, wurde eine vorbereitende Arbeitsgruppe eingerichtet.

Sicherlich gibt es kein PPP-Modell als solches, die Linke muss sich immer sehr genau die vertraglichen

Verpflichtungen, Verästelungen und Bindungen ansehen. Wir sind uns auch bewusst, dass PPP nur deshalb diskutiert und praktiziert werden kann, weil die Kommunen pleite sind und kein Geld für kommunale Daseinsvorsorge da ist. Darauf müssen auch Linke eine Antwort finden.

Wir haben uns in der Offenbacher Stadtverordnetenversammlung vorgenommen, etwaige Planungen in Richtung PPP sehr genau zu prüfen. Kriterien sind für uns auf jeden Fall, dass kommunales Eigentum nicht aus der Hand gegeben und kommunaler Einfluss gegenüber den Vertragspartnern auf jeden Fall gesichert wird.

### Öffentliches Eigentum muss in öffentlicher Hand bleiben

Privatunternehmer, die mit der öffentlichen Hand Verträge im Sinne des PPP eingehen, versprechen sich etwas davon. Sie machen dies nicht aus christlicher Nächstenliebe. Der Nutzen für die jeweilige Kommune ist fraglich, insbesondere wenn durch einige Vertragsformen öffentliches Eigentum aus der Hand gegeben wird. Auf jeden Fall sind wir in Offenbach der Auffassung, dass Sanierungen von Schulen usw. vornehmlich durch kommunale Betriebe durchgeführt bzw. gesteuert werden sollten. Insofern begleiten wir in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Offenbach am Main die Entwicklung hin zu PPP äußerst kritisch.

Wenn die Bürgermeisterin von Reinickendorf, Frau Marlies Wanjura, nach einem Besuch bei Landrat Walter im Landkreis Offenbach meinte, dieser sei ein Pionier, so hat sie sicherlich etwas verfrüht Komplimente verteilt. Noch ist in keiner Weise absehbar, mit welcher Bilanz das PPP-Schulsanierungsmodell im Landkreis Offenbach enden wird.

**Rolf Gensert**  
Fraktionsvorsitzender der Linken in der Offenbacher Stadtverordnetenversammlung

51. Sitzung, 14./15.6.2006

Trotz Fußball-WM und Hitze leistete die BVV im Juni „Schwerstarbeit“. Zunächst wurden übrig gebliebene Drucksachen aus der 50. Sitzung abgearbeitet.

Bezirksbürgermeisterin Wanjura nutzte eine Große Anfrage (GA) der SPD, um ihre Vision zu erläutern, Reinickendorfer Schulen im Rahmen eines Pilotprojektes für Berlin mit Hilfe von **public-private-partnership** (PPP) zu sanieren. Wie immer „wortgewaltig“ (SPD), richtete Frau Wanjura ihre Rede vorrangig an Schülerinnen und Schüler der Bettina-von-Annim-Schule, die zeitweilig die BVV-Sitzung besuchten, offensichtlich um zur Wahrnehmung ihres Stimmrechts bei der bevorstehenden BVV-Wahl für eine bestimmte Partei angeregt zu werden. Nachdenkliche Fragen zum Projekt stellten nur Abgeordnete anderer Parteien. Bis Ende des Jahres will das Bezirksamt eine Machbarkeitsstudie vorlegen. Die zuständigen Ausschüsse der BVV wollen am Ball bleiben.

Von B90/Grüne initiiert, erörterte die BVV die Vorgänge um den beabsichtigten **Bau einer Moschee der Ahmadiyya-Gemeinde im Bezirk Pankow**. Die „guten, exzellenten Erfahrungen“ (CDU) mit der Gemeinde in den vergangenen 18 Jahren in Reinickendorf, von der Bürgermeisterin wiederholt auch öffentlich gepriesen, ließen der CDU keine andere Möglichkeit, als nach einer Sitzungsunterbrechung einem Kompromissantrag zuzustimmen, der „alle Bestrebungen verurteilt, die den Bau von Gotteshäusern verfassungsmäßig agierender Religionsgemeinschaften verhindern sollen“- was nicht gerade als Unterstützung für den CDU-Spitzenkandidaten in Berlin und die CDU im Nachbarbezirk ausgelegt werden kann.

In der 51. Sitzung behandelte die BVV Große Anfragen von B90/Grüne zu „**Kultur und Sozialraum**“ und der CDU zu „**Fenstersturz – Priorität für Gefahrenabwehr**“.

Die CDU zeigte kein Interesse mehr an ihrer eigenen GA zur **Situation älterer Mitbürger im Bezirk** und zog sie zurück. Die BVV beschloss, die Protokolle der Ausschusssitzungen der BVV zeitnah ins Internet zu stellen und eine „Lange Nacht der Politik“ auch in Reinickendorf abzuhalten.

K. G.



### Public-Private-Partnership (PPP)

- nach britischem Vorbild eine projektbezogene langfristige Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft, bei der angesichts der Finanzkrise der Städte und Gemeinden privates Kapital und Fachwissen mobilisiert werden, um staatliche Aufgaben zu erfüllen, faktisch also eine Form der Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge.



# Bilanz und Ausblick

## Wir sprach mit Klaus Rathmann, Bezirksvorsitzender und Kandidat der Linkspartei.PDS im Wahlkreis 2, Spitzenkandidat für die BVV

**Vor fünf Jahren wurde die PDS erstmals in die BVV gewählt. Wie fällt Deine Bilanz aus?**

Die PDS war zwischen 2001 und 2004 mit einer Bezirksverordneten in der BVV vertreten. Das war Neuland für uns und unter Rot-Rot nicht unbedingt nur von Vorteil. Wir wollten - so unsere Wahlaussage 2001 - „eine sachgerechte Politik machen, die gestaltet und aktiviert, die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Sorgen und Wünschen ernst nimmt und ihre Beteiligungsrechte stärkt“. Ich glaube, das ist uns gelungen. Viele Reinickendorfer haben uns im Alltag, vor Ort erlebt und die Erfahrung gemacht: Die Linkspartei. PDS stellt sich konstruktiv und bürgernah den Problemen dieses Bezirkes. Zahlen sagen nicht alles, aber sie illustrieren: In den vier Jahren hat die PDS mit 13 Großen Anfragen, 56 Anträgen, nicht wenige gemeinsam mit anderen Parteien, 28 Mündlichen und 14 Kleinen Anfragen, aber

auch über Einwohnerfragen wichtige politische und kommunalpolitische Themen ins Bezirksparlament gebracht und für den Bezirk nützliche Entscheidungen mitgetragen. Wer sich für Details interessiert, findet sie auf unserer homepage.

**Reinickendorf soll „oben bleiben“, lesen wir überall im Bezirk. Was hältst Du davon?**

Uns wird eingeredet: Mit Frau Wanjura gehen wir weiter einer lichten Zukunft entgegen. Als ob die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Verschärfung von HARTZ IV, als ob „Gesundheitsreform“ und faktische Rentenkürzungen keine Folgen für die Menschen in unserem Bezirk hätten. Im Wahlprogramm der selbsternannten „Reinickendorf-Partei“ kommt das nicht vor.

Arbeitsplatzabbau, soziale Not, Kinder- und Altersarmut, Ausbildungsplatzmiserie, Insolvenzen, Obdachlosigkeit, rechtsextremistische Gewalt – aber doch nicht im

„bürgerlichen“ Reinickendorf „abladen“? Sonst könnte gar jemand fragen, wer für eine solche Politik die Verantwortung trägt. Und was dagegen getan werden könnte.

Wie einst Herr Steffel sonnt sich der CDU-Fraktionsvorsitzende in dem nicht gerade schmeichelhaften Vergleich, Reinickendorf sei das Bayern Berlins. Als Fußballfan weiß ich, dass „den Bayern“ auch schon mal die Lederhosen ausgezogen wurden.

Im Ernst: Wir glauben, es würde den Reinickendorfern gut tun, wenn unser Bezirk nicht länger die politische Spielwiese einer Partei bliebe, die eine Politik der sozialen Ausgrenzung betreibt und sich arrogant über Bürgerinteressen und Bürgerwillen hinwegzusetzen versucht. Deshalb wollen wir dazu beitragen, eine absolute Mehrheit der CDU in der BVV zu verhindern. Denn Reinickendorf kann mehr.



Klaus Rathmann

## Wie unser CDU-geführtes Bezirksamt Reinickendorfer Bürger vera...t.

Wieder geht Lebensqualität verloren. „Erst Wittenau, dann Tegel, jetzt Heiligensee- wann hört der Verkauf der Kleingärten in Reinickendorf auf?“ So die Frage auf einem der vielen handgemalten Plakate in der Sandhauser Straße gegenüber dem Friedhof. Hier sollen 43 Kleingärten neun luxuriösen Villen direkt an der Havel weichen.

In **Wittenau** an der Oranienburger Straße sollen die 28 Parzellenpächter ausgerechnet einem Autohaus Platz machen - wir haben ja auch einen echten Mangel an Autohäusern!!

In **Tegel** schließlich sollen die Bewohner von 43 Wochenendhäusern auf der NEB-Insel im Tegeler Hafen bis Ende September ihre Grundstücke räumen, denn die Niederbarnimer Eisenbahn AG verkaufte dieses idyllische Fleckchen wenige Meter von der Tegel-City dem Vernehmen nach an die Düsseldorfer Martrade Holding und Management Gesellschaft mbH. Ob das Land brach liegen bleibt, zu spe-

kulativen Zwecken genutzt wird oder am Ende gar dort eine „Marina“ entsteht, darüber herrscht Schweigen.

Aber ganz so reibungslos und klammheimlich geht die Sache doch nicht über die Bühne. Die Pächter wehren sich. Sie erinnern sich sehr wohl, dass Frau Wanjura seinerzeit versprach, solange sie Bürgermeisterin sei, werde sie alles tun, um diese Insel den Pächtern und den Bürgern Reinickendorfs als Erholungsfläche zu erhalten. Solche Versprechungen gab es derer mehrere, vor allem vor Wahlen. Heute sagt unsere Bürgermeisterin, sie könne in privatrechtliche Verträge nicht eingreifen. Richtig, dennoch bleiben da nicht nur für die Gartenfreunde von der NEB-Insel Fragen.

Der Flächennutzungsplan weist die Insel zweifelsfrei als Grünfläche aus. Auch der vom Bezirksamt 1984 aufgelegte Bebauungsplan XX-177 sollte dort eine Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Dauerkleingärten“ festsetzen, so dass eine Wohnbebauung ausgeschlossen ist.

Das Problem ist nur: Dieser B-Plan gilt immer noch als „im Verfahren befindlich“, d. h. er wurde nicht beschlossen. Warum eigentlich? Was veranlasste den zuständigen Stadtrat Dr. Wegner (CDU) zu der Meinungsänderung, die Insel sei Bauland?

Delia Hinz, Abgeordnete der Linksfraktion.PDS im Berliner Abgeordnetenhaus richtete dazu jetzt eine Kleine Anfrage an den Senat.

Frau Wanjura will nach ihrem Urlaub an einem „Runden Tisch“ mit allen Beteiligten reden.

Die Gartenfreunde vom Tegel-Hafen wollen die Bürgermeisterin fragen, ob sie bereit ist, den Artikel 14 (2) Grundgesetz gegenüber dem Investor durchzusetzen? Der da lautet:

„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Wir sind gespannt, welches Kännchen Frau Wanjura aus dem Sack hervorzaubert. Denn am 17.9. sind wiederum Wahlen. **V.S./F.W.**

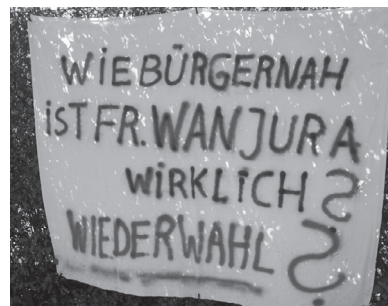


Foto: Robert Irmischer

# Zu Besuch in Strasbourg beim EU-Parlament

## Am Rande Hässliche bunte Welt

Im Juni dieses Jahres waren zwei aktive Wahlhelfer der Reinickendorfer Linkspartei Gast bei der Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke im Europaparlament im Strasbourg. Im erfolgreichen Wahlkampf zur Bundestagswahl 2005 hatte die Linkspartei.PDS mit 6,2 Prozent ihr bisher bestes Ergebnis in unserem Bezirk errungen.

Mit der Europawahl 2004 gelangten sieben Abgeordnete unserer Partei in das Europaparlament, wo sie seitdem die Interessen ihrer Wähler wahrnehmen. Wir konnten dort Teile einer Plenardebatte von der Besuchertribüne aus verfolgen und in Gesprächen mit dem Abgeordneten Dr. Helmuth Markow und weiteren

Mitarbeitern einen Einblick in ihre oft sehr komplizierte Arbeit gewinnen. Sie ist deshalb nicht einfach, weil unsere Fraktion in klarer Opposition zur herrschenden Mehrheit der bürgerlichen Parteien Inbegriffen der CDU und des Zusammenschlusses der Sozialdemokratischen Parteien der europäischen Länder steht. Trotzdem ist es ihr oftmals gelungen, bei Abstimmungen durch wechselnde Mehrheiten ihre politischen Vorstellungen durchzubringen.

Gemeinsam mit den Kollegen aus den anderen Ländern und den

Parteien in den Heimatländern machten sie deutlich, dass der aktuelle EU-Verfassungsentwurf zu mehr Einschränkung der demokratischen Grundrechte, zu mehr Sozialabbau und zur stärkeren Militarisierung der europäischen Gemeinschaft führen würde. Das zeigte sich zuletzt auch in der Haushaltsdebatte, wo sich die Rüstungslobby bei der Verteilung der Forschungsgelder durchsetzen konnte.

Wir waren Zeugen einer Beratung über einen Bericht zu Betrugsercheinungen und Verschleuderung von Haushaltsmitteln in den einzelnen Ländern für das Jahr 2004, der zwei Prozent des Budgets betraf und wobei auf die reichen Mitgliedsländer wie Bundesrepublik und Spanien die höchste Anzahl von Verstößen kommt. Auch deshalb spricht sich unsere Fraktion für eine größere Transparenz und mehr Kontrollrechte der Parlamente aus.

Diese Position geht konform mit der Erweiterung des Einflusses der Bürger bei den Entscheidungen der EU. Die Abgeordneten unserer Fraktion vertreten dazu die Auffassung, dass bei der zukünftigen Gestaltung des Verfassungsentwurfs alle Bürger durch einen Volksentscheid Mitspracherecht erhalten. Das erfordert ein Umdenken in der herrschenden Politik der Bundesrepublik, die eine solche Abstimmung offenbar aus Angst vor einer Niederlage wie in Frankreich und den Niederlanden nicht zulässt. Für eine demokratische Mitbestimmung der Bürger werden wir uns auch weiterhin einsetzen.

**Rolf Mauersberger, Martin Vegh**

Extra zur Wahl hat die Reinickendorfer CDU eine neue Farbenlehre erfunden. Zitat aus ihrem kommunalpolitischen Wahlprogramm: „Im politischen Spektrum gibt es eine Vielzahl von Gedankenspielen, wer mit wem was tun oder lassen kann. Die ‚Farbenlehre‘ der Destabilität enthält alle Kombinationen von Rot-Rot-Gelb-Grün-Grau-Braun.“

Nur Schwarz steht für Stabilität.

Die Farbenlehre der Stabilität enthält keine Kombinationen, außer der Kombination mit Bezirksbürgermeisterin Marlies Wanjura. Für Schwarz gibt es keine Gedankenspiele, mit wem was zu tun oder zu lassen wäre. Erneut Zitat: „Jede Stimme für eine andere Partei als der CDU Reinickendorf ist eine Stimme gegen Marlies Wanjura“.

Den kleinen Deutschfehler in diesem Satz sollte man einer Partei verzeihen, die vehement für das gestrige dreigliedrige Schulsystem eintritt. Bedeutungsvoller ist die böse Ahnung in diesem Satz, die CDU habe sich mitsamt ihrer Spitzenfrau so kräftig unbeliebt gemacht, dass sie von niemand anderem ein paar Stimmen bei der Bürgermeisterwahl in der BVV erhofft.

Eine Erklärung dafür findet sich vielleicht in der Farbenlehre der Natur. Farbe ist Licht mit einer bestimmten Wellenlänge. Angeleuchtete Objekte erhalten ihre Farbe, weil sie nur Licht jener Wellenlängen zurückgeben, die sie erzeugen würden, wenn sie selber leuchten könnten. Das Licht anderer Wellenlängen saugen sie auf. Schwarz saugt alles auf und gibt nichts zurück.

Das könnte es sein.

**Jochen Eser**

## Termine

### Hier treffen Sie unsere Kandidaten:

Mi. 16.8., 15:00 Märkisches Zentrum, Brunnenplatz  
 Do. 17.8., 15:00 Residenzstraße/vor der Markthalle  
 Di. 22.8., 15:00 U-Bf. Alt-Tegel  
 Mo. 28.8., 15:00 Hallen am Borsigturm  
 Di. 29.8., 15:00 Gorkistraße, Fußgängerzone  
 Do. 31.8., 15:00 Märkisches Zentrum, Brunnenplatz



### Impressum

Herausgegeben vom Bezirksvorstand der Linkspartei.PDS Reinickendorf, V.i.S.d.P.: Klaus Rathmann.

Wir in Reinickendorf wird vom Bezirksverband finanziert.

### Spenden

sind ausdrücklich erwünscht: Die Linke.PDS Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.

### Hier finden Sie uns:



### Roter Laden

Schloßstraße 22  
 13507 Berlin-Tegel.  
 Öffnungszeiten:  
 Mo - Fr 15.00 bis 18.00 Uhr  
 Tel.: 4373 2630  
 Fax: 4373 2632  
 e-mail:  
 reinickendorf@linkspartei-berlin.de  
 internet:  
 www.pds-reinickendorf.de